



März 2013

# Günter Rudolphs Newsletter

*Aktuelles aus dem Hessischen Landtag*

Liebe Genossinnen und Genossen,

Es ist nicht mehr lange hin. In weniger als einem halben Jahr finden die Wahlen zum Hessischen Landtag statt. Unser Ziel ist klar: Wir wollen den Regierungswechsel. Wir wollen die Regierung führen, mit Thorsten Schäfer-Gümbel als Ministerpräsident. Die hessische SPD zeigt, dass die Zeit reif ist für den Wechsel. Wir haben auf dem Landesparteitag ein gutes Regierungsprogramm beschlossen, dass unter Beteiligung hessischer Bürgerinnen und Bürger entstanden ist. Dieses Programm macht Schluss mit der Ungerechtigkeit und Rückständigkeit schwarz-gelber Politik. Wir wollen CDU und FDP ablösen, um mit unserem Programm Hessen gerechter zu machen!

Nun steht erst einmal Ostern vor der Tür. Lasst es Euch gut gehen während der Feiertage. Ich wünsche Euch eine schöne und erholsame Zeit!

Herzlichst

Euer



## **Landesregierung erleidet erneut Schlappe vor Gericht – Das könnte teuer werden**

Die hessische Landesregierung hat schon wieder eine herbe Schlappe vor Gericht erlitten. Die Serie Pleiten, Pech und Pannen setzt sich fort. Doch lustig ist das nicht, denn die Versäumnisse der Umweltministerin werden den Steuerzahler eine Menge Geld kosten.

Die Art und Weise, wie die Landesregierung die Stilllegung des Atomkraftwerkes in Biblis umgesetzt hat, wurde vom hessischen Verwaltungsgerichtshof in Kassel als eindeutig rechtswidrig bezeichnet. Die Richter beanstandeten dem hessischen Umweltministerium, unter Leitung von Lucia Puttrich, eine Reihe von rechtlichen Fehlern: Die Landesregierung hat den AKW-Betreiber RWE nicht angehört, obwohl dies hätte geschehen müssen. Sie hat die Sicherheitslage des AKW nicht vor der Stilllegung geprüft. Und letztlich hat die Landesregierung versucht sich mit dem Atom-Moratorium der Bundesregierung herauszureden. Das Gericht entschied jedoch eindeutig: Nur das Land war verantwortlich für das Abschalten des AKWs.



*Bild:*  
*Atomkraftwerk Biblis*

© SPD Viernheim

Hier rächt sich die Halbherzigkeit der Landesregierung. CDU und FDP wollten den Atomausstieg eigentlich gar nicht. Sie hatten Angst vor einer Wahlpleite in Baden-Württemberg und haben deswegen panisch und ohne Rücksicht auf rechtliche Konsequenzen gehandelt. Deswegen steht der Landesregierung eine Schadensersatzklage in Höhe von etwa 190 Mio. € ins Haus und RWE hat gute Aussichten auf Erfolg vor Gericht. Dem Energieriesen winkt deswegen viel Geld, das aus Steuermitteln aufgebracht werden muss.

Klar ist, dass es im Sinne des Atomausstiegs politisch richtig war das AKW in Biblis abzuschalten. Doch die rechtlichen Fehler der Landesregierung bei der Durchsetzung der Stilllegung des AKWs hätten vermieden werden können und zeugen von Halbherzigkeit und Unverantwortlichkeit. Dass der CDU-Fraktionsvorsitzende im Landtag nun immer noch meint, dass keine rechtlichen Fehler gemacht wurden, zeigt wie sehr die Regierungsfaktionen den Bezug zur Realität verloren haben.